

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß, die 3-spaltige Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 12 Uhr.

Mit Herz für Volk und Vaterland.

Nr. 49

Mittwoch, den 27. Februar 1924.

48. Jahrgang

Der Hitler-Prozeß.

München, 26. Februar.

Heute hat vor dem hiesigen Volksgericht die Verhandlung gegen Hitler-Ludendorff begonnen. Das Gericht tagt in den Räumen der Infanterieschule, die besonders zu diesem Zweck eingerichtet ist. Das ganze umliegende Stadtviertel ist durch hohe Polizei- und Militäraufgebote hermetisch abgeperrt worden, damit jeder Zwischenfall vermieden wird.

Die Eröffnung der Sitzung.

Pünktlich um 9 Uhr wurde die Sitzung eröffnet durch Namensaufruf der Angeklagten und ihrer Verteidiger. Dann schritt das Wort Staatsanwalt Stenglein, der die sehr umfangreiche Anklageschrift verlas, was etwa eine Stunde dauerte. In der Hauptsache befragt die Anklage folgendes:

Die Beschuldigten haben, geführt auf bewaffnete Macht des Kampfbundes und auf die bewaffnete Macht der Infanterieschule, in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken unternehmen, die bayerische und die Reichsregierung gesamtlich zu beseitigen, die Verfassung des Deutschen Reiches und des Freistaates gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt im Reich und in Bayern aufzurichten.

Das Verhalten der Beschuldigten begründet für jeden von ihnen ein gemeinschaftlich ausgeführtes Verbrechen des Hochverrats nach Paragr. 81 Abs. 2 und 47 des Reichsstrafgesetzbuches. Zur Aburteilung ist gemäß Artikel 4-25 des Gesetzes vom 12. Juli 1919 das Volksgericht berufen.

Sodann beantragt der Staatsanwalt Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Prozesses wegen der Staatsgefährlichkeit des zu behandelnden Stoffes.

Die Verteidigung widerspricht sehr heftig. Die Anklageschrift enthalte sehr viele Punkte, deren Behandlung für Deutschland und Bayern tatsächlich gefährlich sei, jedoch sei die Beschuldigung der Angeklagten öffentlich verlesen worden, während die Verteidigung geheim bleiben sollte. Der Antrag des Staatsanwalts gehe zu weit. Es würde genügen, einzelne Stellen des Prozesses teilweise die Öffentlichkeit ausschließen, generell aber, wie es Herr von Dahr versprochen hat, das Verfahren öffentlich zu führen.

Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, daß die Öffentlichkeit nur von Fall zu Fall ausgeschlossen werden soll. Es folgt dann die

Vernehmung Hitlers.

Es geht daraus hervor, daß Hitler im Jahre 1912 als Reichstagskandidat nach München gekommen ist. Er hat den Reichstag als Freiwilliger beim bayerischen Reserve-Regiment 16 beigekämpft. Er erhielt für hervorragende Tapferkeit das E. d. ersten Klasse und zahlreiche andere Orden. Im Jahre 1919 trat Hitler der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei.

Hitler verteidigt sich.

In der Nachmittagsitzung begann sofort Angeklagter Adolf Hitler mit seinen Ausführungen:

Er schilderte zunächst seine Erlebnisse in seiner Jugend, die es ihm bereits mit 16 Jahren notwendig machten, sich um eigene Füße zu stellen. Dann sei er nach Wien gegangen, wo er großes Glend der breiten Massen gesehen, aber auch erkannt habe, daß es eine fremde Macht war, die des Reiches Feind sei. Hier habe er zuerst den Marxismus kennen gelernt. Er sei absoluter Antisemit und ein fanatischer Sozialist geworden. Bald nach seiner Ankunft in München sei der Weltkrieg ausgebrochen, und er habe sich selbstverständlich in die Reihen der Kämpfer gestellt. Für ihn stand es fest, daß, wenn Deutschland nicht die Kraft besitzt, das marxistische Problem zu lösen, es folgerichtig den Krieg verlieren müsse. Im Jahre 1916-17 habe er zum erstenmal die Idee wahrgenommen, und bei seiner zweiten Einlieferung ins Lazarett sei bereits die Revolution in München verkündet worden. Hier sei in ihm der Entschluß erwacht, sich der Revolution zuzuwenden. Er habe in München die Rätezeit mitgemacht und sei dann mit noch 6 anderen Personen in die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eingetreten. Er habe sich mit anderen Partei anschlüssen wollen, weil er erkannt habe, daß diese unfähig seien, das deutsche Problem zu lösen. Als dieses Problem habe er schon damals die marxistische Bewegung betrachtet.

Er verstehe unter der marxistischen Lehre die grundsätzliche Verneinung des persönlichen Wertes. Zudem die marxistische Lehre an die Stelle der Person die Zahl, an die

Stelle der Energie die Masse setze, zerstöre sie alle kulturellen Güter.

Das Bürgertum habe diese schlimme Lehre nicht gekannt, die Haß unter die eigenen Brüder säe, die feindlichen Ausländer aber als Brüder bezeichne. Das Bürgertum habe auch nicht den Terror, die absolute Brutalität der Macht der marxistischen Bewegung erkannt.

Für die Nationalsozialisten sei Deutschland gerettet an dem Tage, wo der letzte Marxist befehrt oder vernichtet sei. Für ihn sei und bleibe die Tat des 9. November 1918 der Dolchstoß gegen die kämpfende Armee. Nachdem das Verbrechen des 9. November 1918 aber nicht einmal ausgegangen war von Deutschen, sondern von bluts- und rassenfremden Leuten, so ist für uns das Problem des Kampfes gegen den Marxismus auch ein Rassenproblem geworden. Durch meinen Beitritt stand ich zunächst, wie es scheinen wollte, auf verlorenem Posten. Heute aber umfaßt der Gedanke Millionen. Heute ist die ehemals so verspottete kleine Bewegung ins Riesengroße gewachsen. Es war selbstverständlich, daß wir uns zur Erreichung unseres großen Zieles nicht auf den Bittweg an die Regierung begeben konnten, denn die Regierungen konnten und wollten uns nicht helfen.

Wir mußten uns auf eigene Füße stellen, und für den, der willens ist, mit geistigen Waffen gegen uns zu kämpfen, haben wir den Geist, für den aber, der die Waffen des Geistes nicht anerkennt, haben wir die Faust. Das war der Zweck der Schaffung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen.

Sie sollten es verhindern, daß unsere Bewegung niedergeschlagen würde. Sie hatten keinen militärischen Zweck, sondern ausschließlich den, an jedem Orte eine Organisation zu haben, die fähig war, den Terror von links mit noch größerem Terror niederzubrechen. Unsere Bewegung hat u. a. erkannt, daß die Frage der Erhaltung des Ruhrgebietes nicht eine Frage rein passiver Tätigkeit sein kann, sondern in erster Linie eine Frage der Wiedergewinnung des deutschen Willens zum Widerstande. Das Ruhrgebiet muß verloren sein, wenn sich das deutsche Volk nicht darauf befinnt, daß Politik nicht mit Palmwedeln, sondern mit dem Schwert geführt wird. Wir hatten erkannt, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet nur solange Sinn und Zweck hat, als sich dahinter eine Einheitsfront nationalen Willens aufrechterhält. Es war selbstverständlich, daß diejenigen nicht dabei mitun wollten, die 1918 das deutsche Volk zertrümmert haben. Aber statt die nationale Bewegung zu einem überwältigenden Aufhäumen zu bringen, hat mandagegen den bezahlten Generalfreik eingeleitet und geglaubt, damit die sittlichen Kräfte zu wecken. Die Regierung hat die damals wirklich bestehende nationale Begeisterung nicht ins Unermeßliche gesteigert, sondern verkümmern lassen.

Damals ging ich zu Loffow. Ich trug ihm vor, daß ich das Ende des Ruhrgebietes sehe, wenn sich die Reichsregierung nicht entschließt, die große innere Frage ins Rollen zu bringen. Es ist der einzige Gedanke der deutschen Jugend, daß der Tag wieder kommen muß, an dem wir wieder frei werden. In jenen Tagen fand die innere Umstellung statt von der rein passiven Agitationsgruppe in unsere Sicherungsgruppe. Die Ruhr hat uns Recht gegeben.

Wenn im Frieden — sagen wir — Samoa verloren gegangen wäre, was wäre die Folge gewesen? Sofortige Auflösung des Reichstaates, sofortiger Rücktritt der Regierung! Jetzt wird seit fünf Jahren ein deutsches Gebiet nach dem anderen geopfert, und es ist immer noch kein Ende abzusehen, und das Volk ist ärmer denn je. Die Not wird von Tag zu Tag größer, und in dem Augenblick wird das Ruhrgebiet geopfert, das das Rückgrat unserer Wirtschaft sein sollte. Wenn unsere Bewegung sich nun entschloß, dagegen Front zu machen, die Masse aufgespürt hat gegen diesen neuerlichen Verrat, dann hatten wir das Recht der deutschen Geschichte für uns. Wir hatten 14 große Versammlungen angeseht, um einen riesigen Propagandafeldzug einzuleiten. Wir waren auf alles andere eher gefaßt, als auf ein Verbot dieser Kundgebungen. Am 26. September kam der Generalfreikommisnar.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Die Regierung droht mit Auflösung.

Berlin, 26. Februar.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die Präsident Loebe bei vollem Hause und besetzten Tribünen eröffnet, steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1924 (Notetat) in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung bzw. Aenderung einer Reihe von auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen.

Als erster ergreift

Der Reichsfinanzminister

das Wort. Er führte aus:

Drei Ziele waren es, die damals allen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen: Weibehaltung des Währungsstandes, wie er durch die vom Kabinett Stresemann eingeleitete Reform geschaffen worden war, Bilanzierung des 1924 vorzulegenden Etats und Wiederbelebung der Wirtschaft. Ausgerüstet mit dem Ermächtigungsgesetz, ist von der Regierung keine Verordnung erlassen worden, ohne daß ihr dabei die oben gekennzeichneten Ziele vorgeschwebt hätten. Die Kritik an ihren Maßnahmen will die Regierung in keiner Weise beschränken, aber sie kann sich mit ruhigem Gewissen das Zeugnis ausstellen, daß sie mit Ausnutzung aller Kräfte die unter dem augenblicklichen Verhältnissen möglichst vollkommene Erreichung der genannten Ziele durch alle ihre Maßnahmen erstrebt hat. Als für unser Wirtschaftsleben besonders bedeutungsvolle Tatsache stelle ich fest: Die Mark ist seit Mitte November auf derselben Werthöhe, der Haushalt, wie er wenigstens in rohen Umrissen den von der Reparationskommission entsandten Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balanziert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reiches. Freilich unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Zölle, auch des Rhein- und Ruhrgebietes ist. Den Ländern und den Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zur Balanzierung ihres Haushalts zugewiesen. Die Wirtschaft erholt sich langsam, aber stetig, wie insbesondere aus der Abnahme der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu erkennen ist. Allerdings muß unser Wirtschaftsleben immer noch als unsicher angesehen werden, namentlich solange die Schlagader unserer Wirtschaft an Rhein und Ruhr von fremder Militärgewalt abgehunden ist. Das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat ist wieder gestärkt und die Hoffnung, daß die Reparationsfrage endlich doch einer erträglichen Lösung zugeführt wird, hat sich belebt. Leider konnten die Erfolge nur erreicht werden durch unbegreifliche, harte und rücksichtslose Maßnahmen. Die Reichsregierung war sich aber beim Erlass ihrer Maßnahmen voll und ganz bewußt, daß es sich darum handelt, den Zusammenhalt des Reiches, das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Sie ist überzeugt, daß bei der Vorlegung der Frage, ob wir diese schweren Entbehrungen tragen oder die wahnsinnige Inflation wieder heraufbeschwören wollen, jeder einzelne Staatsbürger sich unbedingt für das erste entscheiden wird. Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist jeder weitere Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos, dann ist unser wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt. Das ist nicht nur die Meinung einzelner Sachverständiger, sondern die übereinstimmende Meinung des Auslandes. Das ist auch die Ueberzeugung aller einsichtiger Teile unseres Volkes. Freilich wird ohne eine Besserung unserer außerpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk bleiben. Wir appellieren in der Reparationsfrage nicht an das Mitleid der anderen Völker. Wir appellieren an die Vernunft der Welt, an den gesunden Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch unserer Wirtschaft verhindern kann. Fast sollte es mir erscheinen, als wenn zwar spät, aber nicht zu spät die Vernunft auf dem Marsche ist.

Bei dieser Gelegenheit wies der Reichsfinanzminister auf die bedeutungsvolle (?) Wendung hin, welche die Reparationsfrage in den letzten Monaten erfahren hat, sowie auf die Tätigkeit der wirtschaftlichen Sachverständigen, um dann fortzuführen: Das Reparationsproblem ist unsere Schicksalsfrage. Es ist von uns bei den zahlreichen Lösungsversuchen stets als verhängnisvoll empfunden worden, daß sie überwiegend von der politischen Seite aus angefaßt wurde. Auch andere Staaten, insbesondere unter den Alliierten, leiden an schwerer Verschuldung an das Ausland. Sie wird ihnen indessen nicht zum Verhängnis, weil ihnen nicht wie bei uns die stets aktionsbereite politisch-militärische Vollstreckung lauert. Wir begrüßen es, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut worden sind, und sehen ihrer Entscheidung ohne übertriebenen Optimismus, aber doch



Weiße Woche

Beginn Sonnabend, d. 1. März

Die Vorarbeiten für die „Weiße Woche“ haben seit langer Zeit begonnen. Auf meinen Einkaufsreisen habe ich große Posten Ware zu sehr billigen Preisen erworben. In meinen Arbeitsstuben werden große Mengen Leib- und Bettwäsche für diesen Zweck hergestellt.

Meinem langjährigen Prinzip folgend, bin ich auch in diesem Jahre bestrebt, während dieser Verkaufsveranstaltung Außergewöhnliches zu bieten.

Gustav Leeck, Stolp.

Die Innendekorationen und Auslagen enormer Mengen weißer Waren sind eine Sehenswürdigkeit.

— Besichtigung ohne Kaufzwang. —

Am
Sonntag, den 2. März,
findet um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Marktplatz eine
Pfalz-Kundgebung

statt, mit der eine Straßen- und Hausammlung verbunden wird.

Es gilt, den Pfälzern unsere Treue zu bekunden und den Opfern des Separatistenschreckens durch die Tat zu helfen.

Ein jeder gebe nach seiner Kraft!

Der Magistrat. Die Stadtverordneten. Der Kreisaußschuß. Der Standortälteste. Deutsch-Demokratische Partei. Zentrumspartei. Deutsche Volkspartei. Deutschnationale Volkspartei.

Die evangelischen Kirchengemeinden. Die katholische Kirchengemeinde. Synagogengemeinde. Bürgerbund. Deutscher Beamtenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Offizierbund. Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände. Innungsaußschuß. Korporation der Kaufmannschaft. Kreisriegerverband. Landbund. Nationalverband Deutscher Offiziere. Ostpommerscher Arbeitgeberverband. Reichsbund der Kriegsschädigten, -teilnehmer u. -hinterbliebenen. Vaterländischer Frauenverein. Vereinigung der Rheinländer und Westfalen.

Stolp, den 26. Februar 1924.

Der Arbeitsausschuß

Raiffeisenlager Stolp i. P.

Fernsprecher 704 705, 708

Wollmarktsirasse 18.

An- und Verkauf sowie Tausch

von
Getreide aller Art
Sämereien
Futtermitteln
Hülsenfrüchten
Saat- und Speisefartoffeln
sämtlichen Düngemitteln
Wolle

**Lieferung sämtl. landw. Maschinen
und Bedarfsartikel**

Preumaterial, wie Steinkohlen,
Schmiedekohlen, Anthrazit, Koks u. Brissetts
waggonweise und auf Wunsch auch im Kleinverkauf.

Ständiges Lager

in
**sämtl. Dachpappen-Materialien,
Teer, Carbolinum, Zement, Stückfall,
Eisen, Eisenwaren, Nägel etc.**

techn. Oele und Fette

Neu aufgenommen:

Abteilung für Lebensmittel.